

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Er scheint bis auf weiteres nur Dienstag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20, durch unsere Auslieferung zu tragen in der Stadt monatlich 22, auf dem Lande 24, durch die Post bezogen vierteljährlich 60 mit Zustellungsgebühr. Alle Postanschriften und Postboten sowie unsere Abnehmer und Einzelabnehmer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 für die 6 gefaltete Korpuszelle oder deren Raum, 15 für die 2 gefaltete Korpuszelle 10 für die 1 gefaltete Korpuszelle. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltete Korpuszelle 10. Nachweilungs-Gebühren 10. Kautionsannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abfertigung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. Der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Er scheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 30.

Dienstag / Mittwoch 13. / 14. März 1923.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler erklärte in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, daß eine allgemeine Einstellung der Löhnerhöhungen nicht beabsichtigt ist.

* Die deutsche Regierung hat in eingehenden Darlegungen die französische Verdrängung widerlegt, daß sie bei der Pariser Konferenz keinen Reparationsplan gehabt hätte.

* Die Gewalttaten der Franzosen im Ruhrgebiet haben abermals mehrere Todesopfer gefordert.

* Der Hauptpunkt der Brüsseler Beratungen wird darin bestehen, neue Methoden zur Ausbeutung des Ruhrgebiets zu finden.

* Auf englischen Protest hin ist der Interalliierten Rheinlandkommission die Autorität über die von den Franzosen am rechten Rheinufer besetzten Gebiete entzogen worden.

„Hier bin ich, hier bleibe ich!“

Poincaré hält es vollkommen für „Recht“, daß er die deutschen Gebiete „erobert“ und jeden Tag ein paar Deutsche ruhigen Herzens erschießen läßt. Die haben es gar nicht besser verdient; denn sie haben ein — Attentat auf ihn, Napoleon Poincaré den Großen, verübt. Der „Radical“, eine Pariser Zeitung, hat es enthüllt und alle französischen Herzen bebten vor Enttäuschung. Die Deutschen sind nämlich durch den Versailler Vertrag verpflichtet, an das arme ausgeplünderte Frankreich unter anderem auch — Bienen zu liefern. Erst haben sie sich gestraubt, aber schließlich — „wir sind die Sieger“ — mußten sie doch einen Zug mit Bienenvölkern beladen nach Frankreich schicken. Aber was taten diese „Vöcher“? Sie schickten angeblich „Ersatzbienen“, die sich zwar kolossal vermehren, aber keinen Honig liefern. Und Poincaré braucht, um Frankreich zum Siege und Ruhm führen zu können, täglich große Mengen von Honig. Es ist gar nicht auszubedenken, was geschehen kann, wenn er seinen Honig nicht erhält!

Frankreich wird demnach von den Deutschen hinten und vorn betrogen; nichts halten sie, was immer sie versprechen. Darum (offenbar wegen der verfallenen Bienen) erklärt Poincaré in der französischen Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten ausdrücklich, Frankreich werde die Sicherheiten und Pfänder, die es mit Beschlag zu belegen gezwungen gewesen sei, nicht gegen einfache Versprechungen aus der Hand geben. Jedoch sei es bereit, die amtlichen Vorschläge der deutschen Regierung zu prüfen, sobald sich Deutschland über seine Lage klar sein und solche Vorschläge machen würde. Jrgendwelche Vermittlung, Intervention oder indirekte Verhandlungen werde die französische Regierung aber nicht annehmen.

Man merke die Folgen der deutschen Ersatzbienenlieferung; honigtriebsend sind diese Erklärungen nicht. Deutlich genug richten sich diese Worte Poincarés gegen England, wo ja in den letzten Tagen oft der Wunsch nach einer Intervention ausgesprochen, von Bonar Law nicht prinzipiell abgelehnt, aber als sehr schwierig hingestellt wurde. Dem schiebt Poincaré einen festen Nadel vor. England soll ausgeschaltet werden bei der Neuordnung der kontinental-europäischen Verhältnisse; ganz umgekehrt wird das von den französischen Zeitungen ausgesprochen. Poincaré fährt nach Brüssel, begleitet von einem großen Stab. General Degoutte selbst ist dabei und der Kriegsminister, die Herren Tirard, Vorsitzender der Rheinlandkommission und Le Trocquer, der Minister für Wiederaufbau, um mit Belgien die Bedingungen zu besprechen, die man den Deutschen stellen will, sobald sie zusammenbrechen. Aber nicht Bedingungen, über die man dann mit den Deutschen verhandelt, sondern die von diesen einfach anzunehmen sind.

Sie bedeuten eine glatte Vereitelung aller Frankreich „schädigenden“ Bestimmungen des Versailler Vertrages, „Ergänzungen“ zu diesem Vertrage nennt man sie harmlos. Da ist zunächst Frankreich verpflichtet, 1923 den Kohlenzer Brückentopf zu räumen; so bestimmt es der Vertrag. Das soll beseitigt werden; Frankreich könne es „mit seiner Sicherheit“ nicht vereinbaren, die Rheinufer zu räumen. J'y suis, j'y resto, denkt es: ich bin da und bleibe da. Das war doch das Ziel des Krieges, Erfüllung 700jähriger Wünsche. 1935 soll eine Abstimmung im Saargebiet stattfinden darüber, ob dieses Land zu Frankreich will oder bei Deutschland bleibt. Obwohl alles, aber auch alles geschieht an Gewalt und Überredung, obwohl der Franzose tollt, weiß Frankreich nicht, ob nicht die Bevölkerung sich doch für Deutschland entscheidet. Also soll auch diese Bestimmung beseitigt werden — zweifellos im Namen der Selbstbestimmung der Völker!

Frankreich braucht die deutsche Kohle, vor allem den deutschen Koks, der so billig geliefert wird, daß die französische Eisenindustrie fast konkurrenzlos billig arbeitet. Und „gezahlt“ wird er durch — Deutschland; denn er wird ja auf Reparationskonto verrechnet. Die Kohlenlieferungen Deutschlands, wie sie der Versailler Vertrag festsetzt, nehmen aber 1927 ihr Ende. Dann muß Frankreich die deutsche Kohle regelrecht kaufen. Auch das soll umgewandelt werden; man will diese Zwangslieferungen vermeiden. Und schließlich: die Reparationsverpflichtungen Deutschlands sollen ein für allemal schwaun werden, und zwar

alle, sowohl die Bar- wie die Naturabverpflichtungen. Auch der Zeitpunkt, zu dem sie jeweils zu erfüllen sind. Nicht eher wird das Rheingebiet geräumt, als bis Deutschland den letzten Pfennig bezahlt, die letzte Lieferung geleistet hat. Und das alles ohne jede Rücksicht darauf, ob Deutschland überhaupt in der Lage dazu ist. Der Versailler Vertrag hatte eine wiederholte Prüfung zugesagt darüber, wie sich die deutschen Wirtschaft- und Zahlungsverhältnisse entwickelten, um diesen die Verpflichtungen anzupassen. Fort damit! Das ist eine „Schädigung“ Frankreichs. Alle diese Pläne und Vorschläge, denen natürlich Belgien ohne weiteres zustimmen wird, sind ja nur dafür da, durch die Unmöglichkeit der Erfüllung Deutschlands „üblen Willen zu beweisen“. Es hat geleistet, was nie ein besiegtes Volk geleistet hat; mehr als 100 Milliarden Goldmark hat es hingegeben. Doch Syllod Frankreich besteht auf seinem Pfund Fleisch nahe dem Herzen Deutschlands.

Bonar Law hat soeben im Unterhaus eine Anfrage, ob Frankreich-Belgien ohne Englands Zustimmung denn den Versailler Vertrag so einfach ändern dürfe, verneinend beantwortet. Alle, die jenen Vertrag unterschrieben, müßten vorher gefragt werden.

Vielleicht wird es sich nun endlich bald entscheiden, ob England willens ist, hinter seine Worte auch Taten zu setzen.

Ein angeblicher deutscher Reparationsplan.

Der durch seine Falschmeldungen berühmte Berliner Korrespondent des „Journal“ will erfahren haben, daß die Reichsregierung seit einigen Tagen an der Abfassung eines neuen Reparationsprogramms arbeite.

Es beruhe im großen und ganzen auf den Vorschlägen, die Dr. Bergmann auf der Pariser Konferenz erstatten sollte, welche aber in wichtigen Punkten davon ab. Besonders in der Frage der Naturallieferungen. Es soll aus fünf Teilen bestehen, und zwar: 1. Naturallieferungen, 2. Geldzahlungen, 3. Garantien, 4. Auswärtige und innere Anleihen und 5. Gründung der deutschen Finanzen. Die deutschen Industriellen seien heute viel geneigter, Zugeständnisse zu machen. Die Studien, die die deutsche Regierung gegenwärtig unternähme, dürften aber in keiner Weise als Vorbereitend eines bevorstehenden Kapitulationsangehens werden. Deutschland wünsche jedoch mehr denn je die Intervention einer dritten Macht, und als geeignete Persönlichkeit betrachte man den tschechischen Außenminister Dr. Benesch. Die Deutschen würden dann der Internationalisierung des Ruhrgebiets zustimmen und es würden enge Verbindungen zwischen der englischen, deutschen und französischen Industrie beschloßen werden. Die Deutschen würden auch zugestehen, daß die Räumung des Ruhrgebietes abstimmsweise erfolgt, gleichzeitig mit der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands.

Gegenüber diesen Mitteilungen wird von amtlicher deutscher Seite festgestellt, daß von einem solchen Plan keine Rede ist, und daß sich am deutschen Regierungsprogramm, wie es noch in der letzten großen Rede des Kanzlers klar enthalten war, nichts geändert hat.

Deutschlands Friedens- und Leistungswille

Eine dreifache Richtfeststellung.

Die französische Presse der letzten Tage verdrängt in Auswertung des französischen Selbstbuchs über die Pariser und Londoner Konferenz das deutsche Verhalten vor der Londoner und Pariser Konferenz in folgenden Punkten:

1. Die deutsche Regierung habe keinen festausgearbeiteten Plan für die Pariser Konferenz besessen.
2. Die deutschen Industriellen hätten versucht, mit der französischen Industrie Verhandlungen anzuknüpfen, um eine wirtschaftliche Verständigung mit politischen Zielen herbeizuführen.
3. Die Verhandlungen der Industriellen Klöner, Stinnes und Silberberg hätten dazu führen sollen, Frankreich zu einer Verständigung mit Deutschland hinter dem Rücken seiner Alliierten zu verleiten. Im übrigen hätten die auf Reparationskonto laufenden Kohlenprogramme nicht weiter ausgeführt werden sollen.

Demgegenüber erklärt Staatssekretär a. D. Bergmann, daß er beauftragt war, der Konferenz in Paris auf Wunsch den deutschen Reparationsplan zu unterbreiten und mündlich zu erläutern. Er habe aber bis zum Abbruch der Konferenz vergeblich auf eine Mitteilung der Entente gewartet.

Ferner erklären die Herren Klöner, Silberberg und Stinnes: Wir haben uns auf Wunsch der deutschen Regierung zur Führung von Verhandlungen mit der Gegenseite bereit erklärt. Diese Verhandlungen sollten sich auf Lieferung von Brennstoff beziehen. Die Behauptung, daß wir mit der französischen Regierung oder Industriellen Verhandlungen geplant haben, um politische Abmachungen zu treffen, entbehrt jeder Grundlage.

Schließlich erklärt der Reichsminister des Auswärtigen, Herr v. Rosenberg: Die deutschen Absichten waren der englischen Regierung bekannt und wurden von ihr begrüßt. Der Vorwurf, wir seien für diese Verhandlungen wohl zu Kohlenlieferungen gegen Verzählung, aber nicht zu Lieferungen auf Reparationskonto bereit gewesen, ist nicht ernst zu nehmen. Im Zusammenhang mit dem Moratoriumsplan konnte der Vorschlag in einer anderen als der gewählten Form nicht gemacht werden.

Rückzug der Rheinlandkommission.

Ein „Kommissar“ für das Ruhrgebiet.

Die Engländer wollen mit den französischen Gewalttaten nichts gemein haben, und infolge eines von ihnen ausgesprochenen Protestes wird künftig die interalliierte Rheinlandkommission keine Autorität über die Gebiete ausüben, die von den Franzosen am rechten Rheinufer besetzt wurden. England hat erklärt, daß die Ausdehnung der Machtbefugnisse am rechten Rheinufer eine Verletzung des Versailler Vertrages

sei. Dafür wollen nun die Franzosen mit den Belgiern ein neues Abkommen darüber treffen, wie man das Ruhrgebiet auf die beste Art und Weise ausnutzen könne. Es soll wieder die Frage der Einsetzung eines Kommissars für das Ruhrgebiet aufgeworfen werden. Ferner beschäftigen die Franzosen, die Kohlenmission von Essen nach Düsseldorf zu verlegen, was vielleicht als ausgeprochener Rückzug anzulegen ist.

Die Engländer wollen mit den französischen Gewalttaten nichts gemein haben, und infolge eines von ihnen ausgesprochenen Protestes wird künftig die interalliierte Rheinlandkommission keine Autorität über die Gebiete ausüben, die von den Franzosen am rechten Rheinufer besetzt wurden. England hat erklärt, daß die Ausdehnung der Machtbefugnisse am rechten Rheinufer eine Verletzung des Versailler Vertrages

sei. Dafür wollen nun die Franzosen mit den Belgiern ein neues Abkommen darüber treffen, wie man das Ruhrgebiet auf die beste Art und Weise ausnutzen könne. Es soll wieder die Frage der Einsetzung eines Kommissars für das Ruhrgebiet aufgeworfen werden. Ferner beschäftigen die Franzosen, die Kohlenmission von Essen nach Düsseldorf zu verlegen, was vielleicht als ausgeprochener Rückzug anzulegen ist.

Chronik der Gewalttaten.

— Die Franzosen haben erneut den Bahnhof Herne besetzt. Ferner erschienen die Franzosen vor dem Gebäude der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft und nahmen die Bestände an Erz und Eisen auf.

— Das vorläufige Veto der Rheinlandkommission gegen die Ernennung des früheren Ministers Händel zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden wurde in ein endgültiges Veto umgewandelt.

— Die Franzosen haben ihre Aktion zur Beschlagnahme von Kohlenlagern in der Nähe von Dortmund fortgesetzt. Mehrere Stationen wurden neu besetzt.

— Bei Höchst a. M. wurde an der Schwannheimer Brücke der Arbeiter Herz von einem Marokkaner erschossen. Die Kugel ist ihm von hinten in den Kopf gedrungen.

— Im Bahnhofsgelände von Löhringhausen ist der Eisenbahnbeamte Heinrich Hölling erschossen worden.

— Von dem von den Franzosen besetzten Polizeipräsidium Essen wurde auf einen auf die Straßenstraßen wartenden Herrn ohne jeden Anlaß geschossen. Der Schuß durchdrang die Lunge.

— Das Kriegsgericht in Werden verurteilte den Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe zu 7 Millionen Mark Geldstrafe, weil er einen Totschläger in seinem Besitz hatte.

— In Essen wurden in einer der letzten Nächte friedliche Bürger von vier französischen Soldaten mit dem aufgezogenen Seitengewehr bedroht. Ein Feuerwehrrmann wurde durch einen Schuß in die Brust getötet.

Preisabbau und Lohnerhöhung.

Erklärungen des Reichskanzlers.

In der Reichskanzlei fanden in den letzten Tagen Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Spitzengewerkschaften über die gegenwärtige Preis- und Lohnlage unter dem Gesichtspunkt der wünschenswerten Befestigung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt.

In diesen Besprechungen erklärte der Reichskanzler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Vermeidung neuer Preissteigerungen und zur Herbeiführung der wirtschaftlich möglichen Preisermäßigungen geschehen könne.

Gegenüber der Vermutung, daß die Reichsregierung jeglicher weiteren Lohnerhöhung entgegenwirken wolle, stellte der Reichskanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemeine durchgängige Hebung der gesamten Löhne den notwendigen Preisabbau unmöglich mache. Außerdem hat sich das Reichsfinanzministerium bereit erklärt, den Beamten und Staatsarbeitern bereits in den nächsten Wochen Vorschläge auf die Aprilgehälter auszugeben. Die Verhandlungen über diese Frage werden fortgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Dr. Luther über die Ernährungslage.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte sich Reichsernährungsminister Dr. Luther über die Ernährungslage. Die von der Reichsregierung getroffenen Vorkehrungen für die Versorgung der besetzten Gebiete mit Fett, Speck und Schmalz bewahren sich im allgemeinen sehr gut. Ebenso die holländische Milcheinfuhr und die Einfuhr von Milchpulver. Rostfälle, die immer wieder durch Gewaltgriffe der Franzosen und Belgier beschehen, werden stets nach Möglichkeit sofort behoben.